

Prekäre Lage der oppositionellen Juristen in Griechenland

ps. Als vor einiger Zeit die Athener Offiziers-junta das *Oberste Verwaltungsgericht* durch die Desavouierung seiner Entscheide und die Entlassung seines Präsidenten kaltstellte, wurde deutlich, daß zwischen der Regierung Papadopoulos und einem großen Teil des Juristenstandes starke Spannungen bestehen. Seither ist die Kluft, welche die Machthaber von vielen Rechtsgelehrten, Richtern und Advokaten trennt, noch tiefer geworden. Dies geht nicht nur auf die demokratische Einstellung der betreffenden Juristen zurück, sondern auch auf die offensichtliche Diskrepanz zwischen den Praktiken des Militärregimes und den elementaren Prinzipien eines Rechtsstaates.

Ein Appell

Symptomatisch für die aus dieser Diskrepanz resultierende Situation ist ein kürzlich in Athen erlassener Aufruf der *«Demokratischen Liga der Juristen»* Griechenlands, in dem die prekäre Lage von Rechtswissenschaftlern, Richtern und Rechtsanwälten geschildert wird. In dem aus Griechenland herausgeschmuggelten Dokument werden namentlich die Schwierigkeiten unterstrichen, mit welchen die oppositionellen Advokaten zu ringen haben. Insbesondere erinnert der Aufruf an die *Deportation* dreier Rechtsanwälte, welche sich seinerzeit für die Sache der von der Junta entlassenen Richter eingesetzt hatten, wie auch an die unlängst erfolgte *Verhaftung* einer Anzahl prominenter Athener Juristen. In dem Appell ist unter anderem zu lesen: «Die jüngst verhafteten Männer und

Frauen sind ohne jede Verbindung zur Außenwelt. Beispiele aus der Vergangenheit haben gezeigt, daß dieser Zustand ohne weiteres Wochen oder Monate dauern kann. Nach der bisherigen Praxis der Junta ist es auch nicht ausgeschlossen, daß einige oder alle Verhafteten gefoltert werden. Schon ihre Haftbedingungen sind entwürdigend.»

In letzter Zeit mehren sich die Anzeichen dafür, daß man sich auch in Juristenkreisen des *Auslandes* über die Lage der oppositionellen Rechtsgelehrten, Richter und Rechtsanwälte in Griechenland große Sorgen macht. Besonders in der Bundesrepublik Deutschland scheinen die Juristen über die Lage ihrer griechischen Kollegen beunruhigt zu sein. Man muß dabei in Betracht ziehen, daß zwischen deutschen und griechischen Juristen seit vielen Jahren enge Beziehungen bestehen. Zahlreiche angesehene Juristen Griechenlands haben in Deutschland promoviert bzw. sich habilitiert. Der wissenschaftliche Austausch zwischen den beiden Ländern ist auf dem Gebiet der Jurisprudenz besonders rege. Die deutsche Gesetzgebung hat, vor allem auf dem Gebiet des Zivilrechts, die Rechtsentwicklung in Griechenland stark beeinflußt.

Die Affäre Mangakis

Als vor einiger Zeit die Verhaftung des prominenten griechischen Strafrechtlers *Georgios Mangakis* durch die Sicherheitsorgane der Junta erfolgte, schickte die Rechtswissenschaftliche Fakultät der *Universität Freiburg i. Br.* im Einvernehmen mit der Westdeutschen Rektorenkonferenz

einen Emissär nach Athen, der an Ort und Stelle nach der Lage des verhafteten Rechtsgelehrten forschen sollte. Der Abgesandte der Freiburger Universität, Dr. Otto Triffterer, konnte folgendes ermitteln: Mangakis wurde während seiner Ferien auf Mykonos am 26. Juli 1969 um 2 Uhr 15 nachts aus dem Bett heraus verhaftet. Ein Haftbefehl lag nicht vor, Gründe für die Verhaftung wurden nicht genannt. Die Ortspolizei gab an, sie handle auf telephonische Anweisung aus Athen. Der Verhaftete wurde gleichentags mit einem Polizeiboot nach Piräus gebracht und zuerst in das Untersuchungsgefängnis der Zentrale der Gendarmerie in Nea Ionia, einem Vorort von Athen, dann in das Gefängnis der Polizeistation Petroupolis eingeliefert. Dort wurde er in einem provisorisch als Zelle dienenden Teil des Korridors von etwa zwei Quadratmetern Größe untergebracht. Die «Zelle» hatte weder ein Fenster noch Bett, Tisch oder Stuhl. Der Verhaftete hatte nicht einmal Besteck und mußte mit den Fingern essen. Sowohl seiner Frau als auch den von ihr beauftragten Rechtsanwältinnen wurde jede Sprecherlaubnis verweigert. Dr. Triffterer hatte den Auftrag, Mangakis im Namen der Freiburger Rechtsfakultät als Gastprofessor einzuladen. Trotz Unterstützung durch die deutsche Botschaft in Athen konnte er die Einladung der Universität weder persönlich noch durch die zuständigen Behörden Professor Mangakis übergeben.

Stellungnahme der Regierung

Offenbar unter dem Druck der internationalen Öffentlichkeit hat sich inzwischen die griechische *Militärregierung* entschlossen, zur Affäre Mangakis — die Verhaftung des Rechtsgelehrten war vorher in Griechenland nicht bekanntgegeben worden — offiziell Stellung zu beziehen. Am 11. August wurde der Verhaftete für kurze Zeit einigen Vertretern ausländischer Nachrichtenagenturen vorgeführt. Diese konnten keine Spuren von Mißhandlungen feststellen. Mangakis erklärte, er sei nicht gefoltert worden, man habe ihn im Gegenteil gut behandelt. Im offiziellen Communiqué, das die gleichgeschaltete Presse darüber veröffentlicht hat, wird allerdings über die Gründe der Verhaftung nichts Näheres gesagt. Es wird darin lediglich erwähnt, Mangakis sei der «Beteiligung an strafbaren Handlungen gegen die Sicherheit des Staates» angeklagt. Der Herausgeber der juntafreundlichen Zeitung *«Eleftheros Kosmos»*, *Konstantopoulos*, behauptet in seinem Leitartikel vom 13. August, der Strafrechtsprofessor habe vom Ausland Bomben erhalten und sie «durch eine dritte Person» an *Dionysios Karagiorgas* — einen Andreas Papandreou nahestehenden Intellektuellen, in dessen Haus vor einiger Zeit durch einen Unfall Zeitbomben zur Explosion gekommen waren — weitergeleitet. Konstantopoulos stellt ferner die Behauptung auf, Mangakis habe während der Untersuchung «seine Schuld» zugegeben. Irgendwelche Beweise für seine Behauptungen legt Konstantopoulos nicht vor.

Nach der Vorführung Prof. Mangakis' vor den ausländischen Journalisten soll, wie bereits kurz gemeldet, auch dessen Frau verhaftet worden sein. Ihr wird, wie einem offiziellen Communiqué entnommen werden kann, vorgeworfen, sie habe in einem «den ausländischen Nachrichtenagenturen zugeschickten Appell an die Weltöffentlichkeit» die griechische Militärpolizei (ESA) verleumdet, indem sie behauptet habe, ihr Mann werde von der ESA auf grausame Weise gefoltert. Die ausländischen Nachrichtenagenturen in Athen stellen in Abrede, ein solches Schriftstück erhalten zu haben.